

Titel	Leitantrag #junginbayern	
Antragsteller*innen	Landesvorstand Jusos Bayern	
Adressat*innen	BayernSPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag	BayernSPD-

Leitantrag #junginbayern

- 1 Jung in Bayern
- 2 Seit vielen Jahren entwickeln wir Jusos Bayern die Vorstellung einer sozialistischen Welt – von einem sozia-
3 listischen Oberfranken bis zum sozialistischen Niederbayern, ein sozialistisches Europa, auf jedweder Ebe-
4 ne.
- 5 Weisungsrichtend für die nächsten Jahre muss die Frage sein, wie unser jungsozialistisches Bayern aussieht. Es
6 gibt viel zu ändern und voranzutreiben und das muss unser politisches Ziel und unsere Aufgabe sein.
- 7 Unser Bayern besteht nicht nur aus München, Augsburg und Nürnberg, sondern auch aus
8 Kulmbach, Weiden und Prien am Chiemsee. Je nach Ort unterscheiden sich die
9 Herausforderungen, und doch sind die übergeordneten Fragestellungen vielerorts ähnlich. Wir wollen vorran-
10 gig die Bildung, die Mobilität, den Wohnraum und die Freizeitangebote in Stadt und
11 Land verbessern und für eine Chancengerechtigkeit und für gleichwertige, aber vor allem gute Lebensbedin-
12 gungen in jeder Verortung Bayerns sorgen.
- 13 **Bildung**
- 14 Nicht erst die Pandemie hat gezeigt, dass das bayerische Schulsystem strukturell nicht dazu in der Lage ist, Ge-
15 rechtigkeit und gleichen Zugang zu Bildung für alle zu schaffen. Besonders in Bayern lebt, für Europa beinahe
16 einzigartig, die Tradition der bürgerlichen Stände im dreigliedrigen Schulsystem weiter – das Gymnasium für
17 die Oberen, und auch nur das spielt schulpolitisch eine Rolle. Wir möchten mit dieser jahrhundertealten Unge-
18 rechtigkeit endlich brechen. Die Bayern SPD muss wieder als die politische Kraft wahrgenommen werden, die
19 für eine Veränderung des bayerischen Schulsystems kämpft und dabei insbesondere strukturelle Aspekte in
20 den Blick nimmt, die die soziale Ungerechtigkeit verstärken. Wir fordern, dass die bayerische Sozialdemokratie
21 hierfür Formate und eine Kampagne entwickelt, um die Partei mit dem Thema Bildungsgerechtigkeit zu ver-
22 knüpfen. Basierend auf der Auswertung der Rückmeldungen zu dieser Kampagne kann die Bayern SPD dann
23 Bündnispartner einladen, um ein Volksbegehren bis spätestens zur Landtagswahl 2023 für die solidarische
24 Gemeinschaftsschule in Bayern zu initiieren – für die bestmögliche Versorgung mit Bildung in jeder noch so
25 kleinen Gemeinde des Freistaates!
- 26 **Warum es höchste Zeit für die Gemeinschaftsschule ist**
- 27 Als Gymnasien etabliert wurden, sollten sie für die bürgerliche Elite des Landes ein Ort der humanistischen
28 und kulturellen Bildung werden. Sie sollten ihre Schüler*innen auf ein Leben in der oberen Mittelklasse, oder
29 höher, vorbereiten. Der Aufbau eines Volksschulwesens für die Kinder der Arbeiter*innen, Freizeitprogramme
30 in der Natur wie die Kinderrepubliken der
31 Falkenbewegung oder die Institutionalisierung beruflicher Bildung beweisen: Schön früh war es unsere Auf-
32 gabe, dem Zweiklassenschulsystem etwas entgegenzusetzen. Als Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen
33 müssen wir diese Aufgabe heute, in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts, neu definieren. Dass in Bayern
34 nur bis zur vierten Klasse gemeinsam gelernt werden kann geht auf die Ideologie zurück, dass besonders

35 talentierte und leistungsfähige Kinder so früh wie möglich von weniger talentierten und leistungsfähigen Kin-
 36 dern getrennt werden müssen, um ihr volles Potential auszuschöpfen. Der erfolgreiche oder nicht erfolgreiche
 37 Übertritt kann da bereits die Zukunft von Kindern entscheiden. Allein dieser Anmaßung gegenüber Hundert-
 38 tausender Kinder und Jugendlicher in Bayern müssen wir uns entgegenstellen und *mindestens mit der For-*
 39 *derung einer sechsjährigen Grundschulzeit entschieden entgegnetreten.* Die Separation des Schulsystems ist die
 40 Idee der Elitenförderung – die Starken noch stärker machen, alle anderen fallen hinten runter. Belegt wird
 41 das durch die Situation an Mittel- und Realschulen: Lehrkräfte werden weniger bezahlt als am Gymnasium, es
 42 mangelt oft noch stärker an Ausstattung und in der öffentlichen Debatte spielen sie praktisch keine Rolle. Be-
 43 sonders deutlich wird die Ungerechtigkeit der Aufteilung nach der vierten Klasse, wenn man sich die Gründe
 44 anschaut, warum die Schüler*innen die nötigen besseren Noten für das Gymnasium bekommen haben – oder
 45 eben nicht. Es ist der sozio-ökonomische Status der Schüler*innen, der familiäre Hintergrund, mögliche Kin-
 46 derarmut oder gesundheitliche Probleme, die Kinder daran hindern, in der Grundschule Spitzenleistungen zu
 47 erzielen. Oder Lehrkräfte maßen es sich an, aufgrund subjektiver Empfindungen die nächstbessere Note nun
 48 doch zu geben oder sie zu verweigern, falls den/die Schüler*in nicht in der gewünschten Schulform sehen wür-
 49 den. Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund können dabei bereits in jungen Jahren mit Alltagsrassismus
 50 konfrontiert werden, der dann auch noch ihre schulische Bildung und damit das künftige Berufsleben deut-
 51 lich einschränkt oder den Schüler*innen das Ziel ihres gewünschten Lebenswegs verwehren. Doch gehen wir
 52 noch einen Schritt zurück: Sollten gerade Grundschulen nicht ein Ort sein, an dem Kinder die Welt entdecken
 53 können, sich ausprobieren können? Gerade dafür bleibt kaum eine Zeit, wenn es auf das „Grundschulabitur“
 54 zugeht. Egal ob in der vierten Klasse oder später: ein Übertritt ist für Schüler*innen nicht zumutbar! Ohne ihn
 55 und damit mit einer Gemeinschaftsschule ist ein gerechtes Schulsystem möglich.

56 **Das System der Solidarischen Gemeinschaftsschule**

57 Alle Initiativen für die Schaffung der Gemeinschaftsschule haben gemein, dass sie alle bisherigen Schultypen
 58 unter ein Dach vereinen. In unserem Modell bleiben die ersten vier Schuljahre der heutigen Grundschule sehr
 59 nahe. Mit dem fünften Schuljahr eröffnen sich mit jedem Jahr mehr Möglichkeiten für die Schüler*innen, zu
 60 wählen, welche Themen sie interessieren und mit welchen

61 Fächern sie sich intensiver auseinandersetzen möchten. Es gibt viele Modelle und Optionen, diese Wahlmög-
 62 lichkeiten auszugestalten. Wir möchten gemeinsam mit Bündnispartner*innen am bestmöglichen Modell für
 63 die Solidarische Gemeinschaftsschule arbeiten, bei dem jedoch eines klar ist: Die Bedürfnisse und Lebens-
 64 wirklichkeit der Schüler*innen steht für uns im Mittelpunkt. Die Expertise von Pädagog*innen, aus der ganzen
 65 Welt, ist für uns ausschlaggebend. Viel mehr als ein Schulsystem ist die Solidarische Gemeinschaftsschule
 66 auch ein Ort des Lebens. Das erreichen wir durch die Umstellung der Schulen auf das System der integrierten
 67 Ganztagschule und dem Wegfall sämtlicher Hausaufgaben.

68 Alle Schulen in Bayern bieten darüber hinaus auch an:

- 69 • Kostenfreies und warmes Mittagessen,
- 70 • Kostenfreier Verleih von Freizeit- und Sportgeräten,
- 71 • Lehrmittel und Lernmaterial frei zugänglich in Schulbibliotheken, eine schulpsychologische Betreuung
72 für alle Schüler*innen durch die Schaffung neuer Stellen und Entlastung von Lehrkräften,
- 73 • kostenfreie international anerkannte Sprachprüfungen,
- 74 • Klassen-, Studien- und Spracherwerbsreisen mit der Möglichkeit der vollen Kostenerstattung.
- 75 • Kostenfreie digitale Endgeräte für alle Schüler*innen, um sowohl die Medienkompetenz zu verbessern,
76 als auch vielfältige und vielseitige Lernangebote fernab des Geldbeutels der Eltern zu ermöglichen
- 77 • Moderne digitale Infrastrukturen, welche den Ansprüchen des digitalen Lernens von heute als auch
78 von morgen ermöglichen, Schnelles Internet für alle Schulen ohne Ausnahme!

79 **Gemeinsames Lernen auf ein pädagogisches Fundament stellen**

80 Die Einführung des eingliedrigen Schulsystems ist in vielen europäischen Ländern im Lauf der letzten Jahrzehn-
 81 te geschehen. Doch selbstredend ist diese eine Reform nicht der Schlüssel zum vollkommenen und gerechten
 82 Schulwesen. Deshalb setzen wir uns für die Solidarische Gemeinschaftsschule ein – ein Modell, das viel mehr
 83 Aspekte umfasst als ausschließlich das Zusammenlegen von drei Schultypen. In der politischen Debatte ist es

84 leider zur Gewohnheit geworden, das Hinzufügen neuer Schulfächer als einen konstruktiven Beitrag zur Dis-
85 kussion zu bewerten. Unser Ansatz ist ein anderer. In einer solidarischen Gemeinschaftsschule sollen Talente
86 und Interessen geweckt und gefördert werden, eine übergroße Anzahl an Schulfächern und Lehrplänen, die
87 es jedes Schuljahr abzuarbeiten gilt, wirken dem entgegen. Wir möchten in ein zu schaffendes Bündnis für
88 die Solidarische Gemeinschaftsschule daher dafür plädieren, sich genau mit dem finnischen Modell ausein-
89 anderzusetzen, das in vielen Fällen Schulfächer abgeschafft hat. Themen werden in ihren verschiedenen, bei-
90 spielsweise geographischen, geschichtlichen, naturwissenschaftlichen und sprachlichen Aspekten, behandelt.
91 Zwar wird es freilich immer Fächer geben, die an enge Grenzen gebunden sind, wie beispielsweise Sprach-
92 unterricht, doch gerade hier soll es in der Solidarischen Gemeinschaftsschule viele Wahlmöglichkeiten und
93 innovative, pädagogische Lernformen geben können, die bisher weder Zeit noch Raum an Schulen einneh-
94 men. Das Aufbrechen der Schulfächer bietet noch weitere Möglichkeiten. Sportunterricht kann beispielsweise
95 in Kooperation mit lokalen Sportvereinen organisiert werden und sich besser an die Vorkenntnisse und Fä-
96 higkeiten der Schüler*innen anpassen. Ähnliche Modelle sind in künstlerischen und musischen Tätigkeiten
97 denkbar, die einen hohen Stellenwert an einer

98 Solidarischen Gemeinschaftsschule einnehmen sollen. Auch schaffen wir so, trotz der schwierigen
99 Situation durch die Landesverfassung, die Möglichkeit, dass Schüler*innen flexibler zwischen

100 Ethik, Philosophie sowie Religionslehre entscheiden können. Wir sind des Weiteren der Überzeugung, dass
101 Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik wichtig – jedoch nicht wichtiger als alle anderen
102 Lerngebiete auch – sind und daher nicht in dem Ausmaß überhöht werden sollen, wie es die Wirtschaftslobby
103 gemeinsam mit der bayerischen Staatsregierung momentan vorantreiben.

104 **Berufliche Bildung der akademischen Bildung gleichstellen**

105 Wir möchten in einem Bayern leben, das sich endlich von der Vorstellung verabschiedet, berufliche Bildung
106 sei weniger wertig als akademische Bildung. Wir sind der festen Überzeugung der Gleichwertigkeit eines je-
107 den Berufsweges und möchten ein Schulsystem, das eine gleiche und ehrliche Wahl zwischen einer starken
108 Berufsausbildung und einem Studium für alle ermöglicht. Nach zehn Jahren der Gemeinschaftsschule soll den
109 Schüler*innen daher die freie Wahl stehen, ob sie in eine Berufsausbildung starten oder nach drei zusätzlichen
110 Jahren der Oberschule (vergleichbar mit der aktuellen QPhase des Gymnasiums) an eine Hochschule gehen.
111 Die Allgemeine Hochschulberechtigung erhält jede*r, die*der die Oberschule oder eine Berufsausbildung er-
112 folgreich abgeschlossen hat. Wir möchten normalisieren, dass Menschen ihr Berufsleben für ein Studium un-
113 terbrechen können oder auch nach dem Studium noch in eine Berufsausbildung gewechselt wird. Zusammen
114 mit einer exzellenten Beratung und Unterstützung der Schüler*innen in der Solidarischen Gemeinschafts-
115 schule stellen wir sicher, dass alle den für sie am besten geeigneten Berufs- und Lebensweg einschlagen
116 können und schaffen Optionen, sich ohne Nachteile auch umentscheiden zu können. Die Verbesserung der
117 Beratungsangebote für Schüler*innen muss daher Teil eines solchen Volksbegehrens werden.

118 **Mit den Schulnoten fällt ein weiteres antiquiertes Element des Schulsystems**

119 Es ist absurd, das Wissen und die Lernfähigkeit aller Schüler*innen nach den gleichen Maßstäben auf einer
120 Skala von 1 bis 6 zu bewerten. Und doch dreht sich in Schule und damit auch beim

121 Einstieg in das Berufs- und/oder Studienleben vieles um Noten. Die Aussagekraft dieser Bewertungen kann
122 angezweifelt werden – denn auch hier spiegeln sich vielmehr die sozialen und familiären Umstände der Schü-
123 ler*innen wider als das, was sie tatsächlich können. Das und der starke Ausschlag der individuellen Vorzüge
124 der Lehrkräfte machen Noten nicht zu der objektiven und vergleichbaren Bewertung, die sie vorgeben, zu sein.
125 Anstatt gezielt an den Stärken und Schwächen der Schüler*innen in einzelnen schulischen Teilbereichen zu ar-
126 beiten, werden sie mit dem Ist-Zustand ihrer Schwächen konfrontiert, bestraft und müssen gegebenenfalls um
127 ihre Versetzung in die nächsthöhere Stufe bangen. Schüler*innen aus sozial besser gestellten Umständen kön-
128 nen diese Mängel womöglich mit teurer Nachhilfe abseits des Schulalltags beheben. Auch hier zeigt sich die
129 Bildungsungleichheit im Freistaat. Noten sind jedoch nicht alternativlos, es fehlt nur an Personal und Mut, den
130 Schüler*innen in Zukunft ein konstruktives und persönliches Coaching zur Entwicklung der eigenen Fähigkei-
131 ten und Talente zur Verfügung zu stellen. Schon deshalb ist es wichtig, mehr Lehrpersonal einzustellen und die
132 Lehramtsausbildung stärker zu fördern. Das Bündnis zur Einführung der Solidarischen Gemeinschaftsschule
133 soll ausarbeiten, wie eine Abschaffung der Schulnoten in Bayern durch die Solidarische Gemeinschaftsschule
134 aussehen kann. Es soll auch mit in Betracht gezogen werden, welche Folgen das für Absolvent*innen der Ge-

135 gemeinschaftsschule mit Blick auf Perspektiven außerhalb Bayerns haben würde und welche Möglichkeiten wir
136 hier Schüler*innen bieten können, hier nicht benachteiligt zu werden.

137 **Eine Gemeinschaftsschule ist nur dann solidarisch, wenn sie auch demokratisch ist**

138 Demokratie, Mitbestimmung und Emanzipation sind Grundpfeiler sozialdemokratischer und sozialistischer
139 Bildungsbewegungen. Die Kinderrepubliken in der Weimarer Republik sollten junge Menschen an die damals
140 noch junge Demokratie heranführen, in dem man sie selbstständig ein Sommercamp organisieren und poli-
141 tisch leiten ließ. Sie waren ein voller Erfolg, doch ihr Geist lebt im heutigen Schulsystem nicht weiter. Wir möch-
142 ten eine vollständige Demokratisierung des Schulwesens und den Schüler*innen so viel Entscheidungsgewalt
143 in die Hände geben, wie nur möglich ist. Dabei ist es essentiell, dass nicht nur formale Wahlen zu Klassenspre-
144 cher*innen stattfinden, sondern die Schüler*innen in ihrem Schulalltag Zeit, Räume und pädagogisch didak-
145 tische Unterstützung bekommen, eine Selbstverwaltung aufzubauen. Wir wollen die Demokratische Schule in
146 Bayern verwirklichen. In geteilter Verantwortung mit den Lehrkräften entscheiden Vollversammlungen und
147 gewählte Vertreter*innen der Schülerinnen gemeinsam über die Belange der Schule und des Schullebens. In
148 Gremien muss die Mitbestimmung paritätisch umgesetzt werden. Wir möchten im zu schaffenden Bündnis
149 vor allem mit Schüler*innen und Lehrkräften in den Dialog gehen und ein Konzept ausarbeiten, wie die De-
150 mokratische Schule heute aussehen kann, wie Demokratie vermittelt und organisiert werden kann und wie
151 die Solidarische Gemeinschaftsschule ein optimales Umfeld schaffen kann, Schüler*innen zu

152 Selbstorganisation und demokratischen Mitbestimmung zu ermutigen. Klar ist: Es muss für Schüler*innen
153 möglich sein, verbindliche Entscheidungen mit bedeutenden Folgen treffen zu können, damit Mitbestimmung
154 mehr ist als nur Scheinbeteiligung.

155 **Die Lehramtsausbildung muss mit der neuen Schulform mitgehen**

156 Bayern gehört zu den letzten Regionen in Europa, die die Lehramtsausbildung noch kaum im Rahmen des
157 Bologna-Prozesses organisieren. Wir möchten weiter gehen – noch weiter als die Bologna-Papiere, und eine
158 der besten Ausbildungsbedingungen für unsere zukünftigen Lehrkräfte in ganz Europa schaffen. Zunächst
159 wird durch die Einführung der Solidarischen Gemeinschaftsschule die Unterscheidung in verschiedene Schul-
160 typen für das Lehramt wegfallen.

161 Anstelle der bisherigen engen Vorschriften der Lehramtsausbildung soll ein neues, zweistufiges System einge-
162 führt werden. Dabei halten wir die universitäre Ausbildung aller Lehrer*innen für unverzichtbar. Zulassungs-
163 beschränkungen, wie den NC, lehnen wir entschieden ab. Es müssen mehr Studienplätze geschaffen werden!
164 Wir werden die Staatsexamensprüfungen abschaffen. Der erste Teil des Lehramtsstudiums schließt mit dem
165 Bachelor of Education nach sechs Semestern ab und legt neben den fachbezogenen Studienanteilen einen
166 Schwerpunkt auf die pädagogischen, psychologischen und didaktischen Aspekte. Es folgt nach vier weiteren
167 Semestern ein an den Bachelor gekoppelter Master of Education, hier liegt der Schwerpunkt auf die fachbe-
168 zogenen Studienanteile. Nach zehn Semestern werden Studierende als Lehrkräfte zugelassen mit Anrecht auf
169 eine Vergütung, die den aktuellen Gymnasiallehrkräften entsprechen. Mindestens drei Praxissemester in Schu-
170 len sind verpflichtend, in diesen Praxissemestern soll darauf geachtet werden, dass die angehenden Lehrkräfte
171 möglichst selbstständig und direkt im Unterricht arbeiten können. Studierende können flexibel festlegen, wel-
172 che Semester Praxissemester werden. Sie können auch gebündelt zwischen B. Ed. und M. Ed. absolviert sowie
173 zu einem Teil im Ausland absolviert werden, ohne dass Nachteile entstehen. Praxissemester sind fest im Stu-
174 dienverlauf eingeplant, werden mindestens mit 60% des Einstiegsgehaltes vergütet und werden pro Semester
175 ohne weitere Prüfungsleistungen mit 30 Leistungspunkten gutgeschrieben. Auch die fachlichen Schwerpunkte
176 müssen neu gedacht werden, wenn die klassische Struktur der Schulfächer aufgehoben werden soll. Angehen-
177 de Lehrkräfte werden nach wie vor Schwerpunkte wählen, beispielsweise eine oder mehrere Fremdsprachen,
178 Mathematik, Naturwissenschaften und/oder Sozialwissenschaften. Auch hier bietet die Umstrukturierung viele
179 neue Chancen, Lehramtsstudierenden mehr Wahl und Flexibilität zu ermöglichen und gleichzeitig die Qualität
180 der Ausbildung zu verbessern. Digitale Kompetenzen und Medienkompetenz sollen in jedem Lehramtsstu-
181 dium eine hervorgehobene Rolle im Lehramtsstudium spielen. Auch muss die Lehrer*innen-Ausbildung die
182 Vermittlung diskriminierungskritischer Kompetenzen als zentralen Bestandteil beinhalten. Dies gilt zum einen
183 für die angehenden Lehrkräfte selbst in ihrem eigenen Auftreten und Verhalten. Ebenso gilt es, die Lehramts-
184 studierenden zu befähigen, den Schüler*innen diskriminierungskritische Kompetenzen zu vermitteln.

185 Wir möchten gemeinsam mit dem Bündnis mit erfahrenen Pädagog*innen und LehramtsStudierenden aus-
186 arbeiten, wie eine Neuaufstellung des Lehramts in Bayern aussehen wird.

187 **Um die Solidarische Gemeinschaftsschule in Bayern umsetzen zu können, initiiert die BayernSPD ein**
188 **breites gesellschaftliches Bündnis in enger Abstimmung mit der Landtagsfraktion.**

189 Dieses Bündnis soll folgende Fragen ausarbeiten:

- 190 • Notwendige Dienstleistungen und Ausstattungen der Schule, um gleichen Zugang zu Bildung und Res-
191 sourcen für alle Schüler*innen zu verwirklichen,
- 192 • Ausgestaltung von Schulfächern, Reduzierung des Leistungsdruckes und interdisziplinäres Lernen un-
193 geachtet der üblichen Fächergrenzen,
- 194 • Weitreichende Maßnahmen zur Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung durch die Über-
195 windung der momentanen elitären Leistungsgesellschaft,
- 196 • Kompensation möglicher Nachteile für Schüler*innen durch unilaterale Abschaffung von Schulnoten
197 als Bewertungs- und Zeugnisssystem,
- 198 • Forderungen der betroffenen Gruppen zur Ausgestaltung eines demokratischen Schulsystems mit ech-
199 ter Mitbestimmung der Schüler*innen,
- 200 • Erarbeitung eines Rahmens für eine angepasste Lehramtsausbildung,
- 201 • die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen eines Volksbegehrens zur Umsetzung der von uns und von
202 dem zu schaffendem Bündnis.

203 Mit diesem Papier geben wir uns als Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen eine solide Arbeitsgrundlage,
204 mit der wir für Gerechtigkeit und Solidarität für die Schüler*innen von heute

205 und morgen kämpfen wollen. Wir werden gemeinsam alle linken, progressiven und gewerkschaftlichen Kräfte
206 in Bayern mobilisieren, um unsere Vision von einer gerechten, demokratischen und solidarischen Schule auf
207 der Höhe der Zeit zu realisieren. Mit der

208 Solidarischen Gemeinschaftsschule sind wir gut aufgestellt für den nächsten Wahlkampf – mit ihr können wir
209 beweisen, dass wir in Bayern gebraucht werden und nach den vorherigen, erfolgreichen Bürger*inneninitiati-
210 ven auch dieses Mal erfolgreich sein können!

211 **Mobilität**

212 Im Rahmen der heutigen Ausbildungslandschaft wird von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein hohes
213 Maß an Mobilität gefordert. Aber auch Berufsschüler*innen sind durch die duale Ausbildung mit dem Wech-
214 sel zwischen Arbeits- und Schulstätte und der vermehrten Konzentration von Ausbildungszweigen mit weni-
215 gen Bewerber*innen auf spezielle Berufsschulen einem immer länger werdenden Weg zur schulischen Aus-
216 bildungsstätte ausgeliefert. Da die dadurch entstehenden Kosten in den allermeisten Fällen von den Auszubil-
217 denden selbst getragen werden müssen, stellt dies einen unzumutbaren Zustand dar. Auch die Anbindung ist
218 Frage von Teilhabe, deshalb kämpfen wir für einen umfassenden Ausbau aller ÖPNV-Möglichkeiten in Bayern,
219 um diese zu sichern. Dabei setzen wir auf ein ineinandergreifendes und aufeinander aufbauendes ÖPNV An-
220 gebot. So beispielsweise die Anpassung der Taktung von Buslinien an die Fahrpläne der deutschen Bahn. Es
221 gilt insbesondere, dass Angebote an die Bedürfnisse vor Ort angepasst eingerichtet werden. Deswegen setzen
222 wir auf eine Mischung aus Schienenverkehr, regionalen ÖPNV Verbänden und individuellen Lösungen vor Ort,
223 sowie dem Fahrrad als geeignetes Mittel für kurze Strecken.

224 Nicht nur Auszubildende müssen die Kosten des Fahrtwegs selbst tragen, dies gilt auch für Schüler*innen
225 ab der 11. Klasse, welchen ebenfalls die kostenlose Schulbeförderung nicht mehr gewährt wird. Nicht nur die
226 fehlenden Anbindungen, sondern auch hohe Ticketpreise sind Ursachen für die zu geringe Nutzung des ÖPNV.
227 Dabei

228 bringt diese nachhaltige Mobilität viele Vorteile, wie mehr soziale Kontakte, mehr Entwicklungsmöglichkeiten,
229 mehr Sicherheit und sie ist zudem umweltschonend. Deshalb fordern wir eine sozial-ökologische Wende im
230 gesamten Verkehrssektor! Es müssen endlich alle verbliebenen Bahnstrecken elektrifiziert werden um Diesel-
231 loks aus dem Verkehr zu ziehen! Außerdem müssen alle Busse auf erneuerbare Energien, wie E-Mobilität und
232 grünem Wasserstoff, umgestellt werden. Diese Umstellung muss sich auch auf den Individualverkehr bezie-
233 hen, der durch den Ausbau von Ladestationen, die finanzielle Unterstützung bei der Anschaffung von E-Autos

234 und weitere Forschung im Bereich der Akkuentwicklung gefördert werden muss. Der Ausstieg aus dem Ver-
235 brennungsmotor ist zwingend notwendig.

236 Ein bayernweites Ticket stellt so weit mehr als nur praktische Umverteilung zugunsten der geringsten Ein-
237 kommensbezieher*innen dar. Gerade Azubis haben insgesamt weniger Möglichkeiten zur gesellschaftlichen
238 Teilhabe als Studierende, die zumindest Zugang zu einem Studierenticket in ihrer Stadt haben. Unser Ticket
239 ermöglicht es jungen Menschen täglich kostengünstig zu pendeln und auch größere Distanzen zurückzulegen.
240 Statt eines Flickenteppichs verschiedener Förderstrukturen, Zuschüsse und Preise brauchen wir eine einheit-
241 liche Landeslösung, die die Landesregierung mit den Tarifparteien und anderen beteiligten Akteur*innen, wie
242 zum Beispiel auch den Arbeitgeber*innen, durchsetzt. Deshalb fordern die Jusos Bayern die Einführung eines
243 bayernweiten Schüler*innen-, Auszubildenden- und Studierentickets. Dieses muss Fahrten sowohl in den
244 bayerischen Nahverkehrszügen als auch im örtlichen ÖPNV ermöglichen. Für Menschen,

245 (zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem ÖPNV, der Bahn) viele Vorteile: Mehr soziale Kontakte, mehr Entwicklungs-
246 möglichkeiten, mehr Sicherheit und umweltschonend – jeder Kilometer, der nicht mit dem Auto zurückgelegt
247 wird, schont dadurch die Umwelt. Ein bayernweites Ticket stellt weit mehr als nur praktische Umverteilung
248 zugunsten der geringsten Einkommensbezieher*innen dar. Das Ticket ermöglicht den finanziell Schwäche-
249 ren, sich gesellschaftlich, kulturell und auch z.B. politisch besser einzubringen. Sich überall hin bewegen zu
250 können, ist Teil gesellschaftlicher Teilhabe. An vielen Stellen sticht hervor, dass gerade Azubis insgesamt we-
251 niger Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe haben als Studierende, die bereits ein Studierenticket
252 innerhalb ihrer Kommune besitzen. Das Ticket könnte dem StadtLand-Gefälle entgegenzutreten und mehr be-
253 setzte Ausbildungsstellen durch höhere Mobilität ermöglichen. Als Flächenland gibt es in Bayern das große
254 Problem, dass Regionen wie Augsburg, München oder Nürnberg einen großen „Überhang“ an Bewerber*in-
255 nen haben. Hingegen bleiben gerade in ländlichen Regionen einige Ausbildungsplätze unbesetzt. Unser Ticket
256 würde es jungen Menschen ganz praktisch ermöglichen, täglich kostenneutral zu pendeln und auch größe-
257 re Instanzen zurückzulegen. Statt eines Flickenteppichs verschiedener Förderungsstrukturen, Zuschüsse und
258 Preise brauchen wir eine einheitliche Landeslösung, die die Landesregierung mit den Tarifparteien und ande-
259 ren beteiligten Akteur*innen, wie zum Beispiel auch den Arbeitgeber*innen, durchsetzt. Deshalb fordern die
260 Jusos Bayern die Einführung eines bayernweiten Schüler*innen-, Auszubildenden- und Studierentickets.
261 Dies muss Fahrten sowohl in den bayerischen Nahverkehrszügen als auch im örtlichen ÖPNV ermöglichen.
262 Für diese Personengruppe, die an der Grenze zu Bayern leben, aber in Bayern ihrer Ausbildung nachgehen,
263 sind Übergangslösungen zu schaffen. Ziel ist es, den Weg vom Wohnort zu den Ausbildungsstätten durch das
264 Ticket abzu decken.

265 Dies ist aber nur der erste Schritt auf unserem Weg in ein sozialistisches Bayern. Langfristig setzen wir uns für
266 einen kostenlosen und fahrscheinlosen ÖPNV für alle ein.

267 **Wohnen**

268 Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Gerade in den Städten, die von arbeits- und ausbildungsbezogenen Zuzug
269 profitieren, stellt sich für viele die Frage, ob sie sich das Wohnen in der Stadt noch leisten können. Die steigen-
270 den Mietpreise und der finanzkräftige Zuzug setzen eine Dynamik in Gang, die zur Verdrängung der normal-
271 und geringverdienenden Bevölkerung zu führen droht. Längst ist diese Entwicklung nicht mehr nur auf die
272 Kerngebiete der Städte begrenzt, sondern zieht sich weit hinein in ländlichere Gebiete. Immer weitere Wege
273 müssen für die Suche nach bezahlbarem Wohnraum in Kauf genommen werden, denn weite Teile der Region
274 in den Verbundräumen der europäischen Metropolregionen Nürnberg-Fürth-Erlangen und München erfahren
275 Wachstum und in vergleichsweise gut erschlossenen Lagen wird bezahlbarer Wohnraum knapp.

276 In Artikel 106 Abs. 1 der bayerischen Verfassung wird der „Anspruch auf eine angemessene Wohnung“ für je-
277 de*n Bewohner*in Bayerns unter den Grundrechten geführt. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist
278 Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Bayern muss endlich diesem Anspruch gerecht werden und für den
279 Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sorgen. Aus diesem Grundrecht geht für uns auch die
280 Forderung hervor, dass kein Mensch bei der Wohnungssuche diskriminiert wird. Daher braucht es weiterge-
281 hende gesetzlich gestützte Maßnahmen, als bisher. Ein Beispiel dafür sind anonymisierte Bewerbungsverfah-
282 ren.

283 Mit der Mietpreisbremse und dem Mietspiegel wurde in den letzten Jahren schon einiges für die Mieter*innen
284 erreicht. Allerdings bedürfen diese Instrumente noch weiterer Ergänzungen, um einen effizienten und sozialen
285 Rechtsschutz zu gewährleisten.

286 Die Mietpreisbremse regelt, dass bei der Wiedervermietung von Wohnungen in Gebieten mit einem ange-
287 spannten Wohnungsmarkt die zulässige Miete höchstens auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete
288 +10% angehoben werden darf. Welches Gebiet dabei eines mit „angespanntem Wohnungsmarkt“ ist, wird
289 von den Ländern für jeweils maximal 5 Jahre bestimmt.

290 Dadurch entsteht jedoch ein undurchsichtiger Flickenteppich mit Orten, an denen die Mietpreisbremse gilt
291 und Orten, die ausgenommen sind. Wir fordern daher, dass die Mietpreisbremse in Bayern künftig über-
292 all flächendeckend gilt und nicht nur in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt. Ebenso soll sich der
293 Freistaat Bayern auf Bundesebene für Verbesserungen einsetzen. Neubauwohnungen, die erstmals vermietet
294 werden, sind von der Mietpreisbremse ausgenommen, ebenso wie die erste Vermietung nach einer umfas-
295 senden Modernisierung. Dies dient der Investitionsförderung und soll Neubau und Modernisierung von Woh-
296 nungen fördern. Dabei ist klar, dass wir die Frage nach dem „ob“ einer solchen Förderung bejahen. Hinsichtlich
297 des „wie“ fordern wir jedoch, dass diese Investitionsförderung nicht zu Lasten der Mieter*innen geschieht, son-
298 dern durch staatliche Investitionen und Unterstützungsmaßnahmen. Die Ausnahme von Neubauwohnungen
299 und umfassend modernisierten Wohnungen von der Mietpreisbremse soll daher künftig nicht mehr bestehen
300 und Investitionen stattdessen von staatlicher Seite ermöglicht werden.

301 Der Mietspiegel gibt einen Überblick über die „ortsübliche Vergleichsmiete“. Sie wird gebildet aus den üblichen
302 Entgelten, die in der Gemeinde für Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und La-
303 ge einschließlich der energetischen Ausstattung in den letzten – mittlerweile sechs – Jahren vereinbart worden
304 sind. Dieser noch immer viel zu kurze Zeitrahmen und die Tatsache, dass im Mietspiegel nur Neuvermietungen
305 berücksichtigt werden und nicht etwa bereits bestehende, meist wesentlich günstigere Mietverträge, kann die
306 Realität jedoch nicht ausreichend widerspiegeln. Wir fordern daher, den für den Mietspiegel maßgeblichen
307 Zeitrahmen über sechs Jahre auf mindestens 20 Jahre auszudehnen und im Mietspiegel nicht nur Neuvermie-
308 tungen, sondern auch bereits bestehende Altverträge mit zu berücksichtigen.

309 Schließlich muss dem Verlust von Wohnraum durch Zweckentfremdung entgegengewirkt werden. Durch Inter-
310 netplattformen wie Airbnb lässt sich durch eine zweckentfremdete und meist dauerhafte Nutzung als lukrative
311 Ferienwohnung viel mehr Gewinn erzielen, als durch eine reguläre Vermietung als Wohnraum. Gleichzeitig ist
312 die Gewerbesteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen von Gemeinden, so dass die Gefahr einer Umwand-
313 lung von Wohnraum in Gewerbeflächen besteht. Der dringend benötigte Wohnraum wird dadurch weiter re-
314 duziert. Um Wohnraum zu schützen und gleichzeitig die kommunale Selbstverwaltung zu wahren, sind Zweck-
315 entfremdungen von Wohnraum nur nach Genehmigung durch die Gemeinden möglich. Dies gilt jedoch nur,
316 wenn die jeweilige Gemeinde dies ausdrücklich durch Erlass einer Satzung geregelt hat. Ist dies nicht gesche-
317 hen, kann der Wohnraum je nach Belieben der Eigentümer*innen umgenutzt werden. Dadurch besteht eine
318 Gefahr der Verdrängung von Mieter*innen aus ihren Wohnungen wegen meist profitablerer Gewerbemiet-
319 vertragseinnahmen oder spekulativen Leerstand sowie eine uneinheitliche und undurchsichtige Rechtslage je
320 nach Gemeindegebiet. Wir fordern eine bayernweit einheitliche Regelung, nach der das Genehmigungserfor-
321 dernis der Gemeinden flächendeckend besteht und die weitere Verschärfung des Strafmaßes bei Verstoß ge-
322 gen die Regelungen der Zweckentfremdungssatzungen. Leerstehender oder zweckentfremdeter Wohnraum
323 soll durch die Gemeinden zwangsweise wiedervermietet werden können. Dabei soll eine soziale Bindung der
324 Mieten etabliert werden um einen etwaigen spekulativen Mietanstieg zu vermeiden.

325 Daher fordern wir:

326 > Flächendeckender Einsatz der Mietpreisbremse

327 > Streichung der Ausnahmetatbestände „möblierte Wohnung“ und „Neubau“ für die Gültigkeit der Mietpreis-
328 bremse

329 > Weiterentwicklung des Mietspiegels, sodass dieser nicht länger den bedingten, erwarteten

330 Mietpreis der in den letzten vier Jahren neuvermieteten Wohnungen im freifinanzierten Wohnungsbau mit
331 Ausnahme von Ausreißern darstellt, sondern durch Einbeziehung von Bestandsmieten auch im nicht gewinn-
332 orientierten Wohnungsbau den tatsächlichen Mietpreis vergleichbarer Wohnobjekte abbildet. Zur Etablierung
333 allgemeiner, gerichtlich anerkannter wissenschaftlicher Maßstäbe zur Erstellung eines qualifizierten Mietspie-
334 gels ist ein Standard-Modellrahmen durch das Statistische Bundesamt zu erarbeiten, welcher als Vorlage für
335 das

336 Erstellen von Mietspiegeln dienen soll. Ferner ist die Möglichkeit, anstelle des Mietspiegels die Vergleichsmiete

337 gutachterlich durch Mitteln der Mieten sog. vergleichbarer Objekte bei Existenz eines qualifizierten Mietspiegels zu streichen.
338

339 > Verschärfung des möglichen Strafmaßes für Zweckentfremdungen, Transparenz und effektive

340 Nachverfolgung und zentrale Wiederbelegung zweckentfremdeten Wohnraums unter sozialen Bindungen
341 durch die Kommunen.

342 Eine der größten Herausforderungen in der Wohnungspolitik stellt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
343 dar. Die Zahl der Menschen, derer Einkünfte nicht mehr ausreichen, um die hohen Mietpreise zu bezahlen oder
344 sich gar Wohneigentum zu erwerben, steigt stetig. Für viele Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen
345 wird es immer schwerer, in den bayerischen Städten und Gemeinden noch bezahlbaren Wohnraum zu
346 finden.

347 Und selbst dann, wenn nach langer Suche geeigneter Wohnraum gefunden wurde, geht ein unverhältnismäßig
348 hoher Prozentanteil des monatlichen Einkommens für die Zahlung der Miete drauf. Die Wohnungspreise in
349 München gehören sogar zu den höchsten in Deutschland und auch längerfristig ist auf dem Wohnungsmarkt
350 im Freistaat mit keiner Entspannung zu rechnen. Eine zentrale Maßnahme, um gegen die Wohnungsnot in
351 Bayern vorzugehen, ist ein Anstieg der Bautätigkeit. Daher muss in den nächsten Jahren von staatlicher Seite
352 ein erhöhtes Engagement gezeigt werden und der Neubau vieler bezahlbarer Wohnungen mit finanziellen Mitteln
353 gefördert werden. Dabei sind insbesondere die Kommunen bei der Schaffung oder der Ausweitung von
354 sozial gefördertem Wohnraum im Kommunalen Bestand zu unterstützen. Der Verkauf tausender GBW Wohnungen
355 im Zuge der Pleite der Landesbank an ein privates Investorenkonsortium war ein fataler Fehler und
356 verantwortlich für den Wegfall großer Bestände bezahlbaren Wohnraums. Die eingegangenen Sozialverpflichtungen
357 haben sich fortlaufend als leere Versprechungen erwiesen. Wo der Freistaat nicht selber aktiv wird
358 sollen Flächen im staatlichen Besitz den Kommunen zweckgebunden für sozialen Wohnungsbau verbilligt zur
359 Verfügung gestellt werden. Die von der Immobilienverwaltung des Freistaates betreuten Liegenschaften sollen
360 nicht mehr veräußert werden und nur an öffentlich-rechtliche Körperschaften oder zu 100% kommunalen
361 Unternehmen zu einem deutlich reduzierten Preis für gemeinnützige, soziale Zwecke zur Verfügung gestellt
362 werden.

363 Insbesondere auch für Junge Menschen fehlt es in Bayern an bezahlbaren und an ihre Bedarfe angepassten
364 Wohnraum. Hier muss staatliche Förderung ansetzen um Jungen Menschen, Student*innen, Auszubildenden
365 und jungen Arbeitnehmer*innen einen Start in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Gerade ihnen fällt
366 es oft besonders schwer sich auf dem Wohnungsmarkt überhaupt zu versorgen, sind doch häufig hohe Bürgerschaften
367 und Kautionen zu stellen sowie unbefristete Festanstellung Voraussetzung für den Zuschlag zu einer
368 Wohnung.

369 Daher muss das Landesförderprogramm "Junges Wohnen", das die zweckgebundene Errichtung von bedarfsgerechtem
370 Wohnraum für junge Menschen insbesondere durch kommunale und gemeinnützige Träger ermöglicht, weiter ausgebaut
371 und in Abstimmung mit Konzepten wie dem Studierendenwerk oder einem derzeit noch in Planung befindlichen Azubiwerk
372 stehen. Für all diese Konzepte muss der Freistaat weitere finanzielle Fördermittel unkompliziert zur Verfügung stellen.
373

374 . Auch müssen die Investitions- und Erhaltungskostenzuschüsse für Auszubildenden und Blockschulwohnheime
375 durch die Landesebene wieder eingeführt und erhöht werden, um die angemessene Unterbringung von
376 Berufsschulpflichtigen während ihrer Schulzeiten sicherzustellen.

377 Daher fordern wir:

378 > Förderung und Unterstützung der Gemeinden bei der Schaffung sozial geförderten und preisgedämpften
379 Wohnraums

380 > Förderung von Genossenschaften und Unterstützung von Genossenschaftsneugründungen

381 > Ausbau des Förderprogramms "Junges Wohnen" für zweckgebundenen kommunalen oder gemeinnützigen
382 Wohnungsbau

383 > Verbesserung der Ausstattung der Studierendenwerke

384 > Förderung von Projekten zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende

- 385 > Wiedereinführung eines Investitions- und Erhaltungskostenzuschusses für Auszubildenden- oder Block-
386 schulwohnheime
- 387 > Den Ausbau des Diskriminierungsschutzes auch bei der Wohnungssuche. Dafür sollen die zuständigen Regie-
388 rungen Expert*innen-Kommissionen einsetzen, die herausarbeiten, welche Maßnahmen hierzu möglich sind
389 – und die Ergebnisse dann auch umsetzen.